

Die stille Revolution in Japans Zuwanderungspolitik unter Shinzō Abe

Gabriele Vogt

Japans Zuwanderungspolitik wird im internationalen Vergleich als Sonderfall diskutiert. Sie gilt als restriktiv und scheinheilig. Als restriktiv, weil durch eine große Zahl an verschiedenen berufsbezogenen Aufenthaltstiteln mit zeitlich beschränkter Gültigkeit die Zuwanderung von Hochqualifizierten auf temporärer Basis als Politikziel manifestiert wird. Scheinheilig deswegen, weil von den in Japan wohnhaften 2.887.116 Ausländer*innen knapp 90 Prozent außerhalb dieser Aufenthaltstitel ansässig sind.¹ Es handelt sich dabei um Familienangehörige von Japaner*innen oder deren Nachfahren, aber auch um junge Menschen in Ausbildung, ob im Praktikum oder Studium, und damit allesamt um Personen, die in Japan Tätigkeiten auch im niedrig-qualifizierten Bereich des Arbeitsmarkts nachgehen können. Das heißt, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften in Sektoren, wo diese besonders groß ist, wie dem Baugewerbe, der Landwirtschaft oder der Altenpflege, adressiert werden kann, ohne dass dies öffentlich thematisiert werden muss.

Zunahme und Diversifizierung der Zuwanderung unter Abe

Die oben genannte Zahl von knapp drei Millionen Zuwander*innen in Japan stammt von Ende 2020 und markiert den numerischen Stand dieser Bevölkerungsgruppe nach dem Ende der Amtszeit von Premierminister Shinzō Abe. Zu Beginn seiner langen und prägenden zweiten Amtsperiode im Jahr 2012 (er war zuvor bereits ab dem Spätsommer 2006 für etwa ein Jahr Premierminister) lag die Zahl bei 2.033.656 Personen. Einer der Trends, der die grenzüberschreitende Mobilität v. a.

¹ Diese und folgende Daten zu Japans Zuwanderungsbevölkerung basieren, falls nicht anders angegeben, auf den Veröffentlichungen des »Büros für Ein- und Ausreise sowie Aufenthalt« (Shutsunyūkoku Zairyū Kanrichō), das dem Justizministerium zugeordnet ist: <https://www.moj.go.jp/isa/policies/statistics/index.html> (31.08.2022).

in die wirtschaftsstarken Länder des globalen Nordens charakterisiert, nämlich ein steter numerischer Anstieg, lässt sich also in der vergangenen Dekade auch für Japan, eine eigentlich »verspätete Zuwanderungsnation«, feststellen.

Ein zweiter Trend manifestiert sich ebenso, nämlich die Diversifizierung der Zuwanderungskanäle und daraus resultierend auch der Zuwanderungsbevölkerung. Hier kann gar resümiert werden, dass sich in Japan eine stille Revolution in der Zuwanderungspolitik vollzogen hat. Japan wirbt heute auch offiziell um nicht-hochqualifizierte Arbeitskräfte und eröffnet der Zuwanderungsbevölkerung eine Langzeitperspektive in Japan. Beides sind, betrachtet man Japans Zuwanderungspolitik in ihrer Entwicklungsgeschichte der vergangenen Dekaden, fundamentale Reformen. Dennoch hält Japans politische Führung am Narrativ fest, Japan sei kein Immigrationsland. Die in der politischen Praxis vollzogenen Reformen werden entsprechend anderweitig kontextualisiert, etwa als zielgerichtete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder als Beitrag zum Wirtschaftswachstum in der Region Asien.

Punktesystem für Hochqualifizierte

Für das Segment der hochqualifizierten internationalen Arbeitskräfte gilt dabei, dass Abes Reformen am bereits vorhandenen politischen Willen der Rekrutierung dieser Gruppe anknüpften, dabei aber neue Strukturen schufen. Zuvorderst ist hier die Reform des Zuwanderungsgesetzes (*shutsunyūkoku kanri oyobi nanmin nintei-hō*) aus dem Juni 2014 anzuführen, mit der ein bereits zwei Jahre zuvor formuliertes punktebasiertes Anwerbesystem für Hochqualifizierte schließlich in einen neuen Aufenthaltstitel (*kōdo senmonshoku*) gegossen wurde. Hochqualifizierte werden im Rahmen dieses neuen Systems mit Punkten für akademische Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse usw. bewertet. Die Reform aus dem Jahr 2014 eröffnet dieser Zielgruppe der Hochqualifizierten eine Art fast-track zu einer Daueraufenthaltserlaubnis, die bereits nach ein bis drei Jahren (je nach Punktestand und Wirtschaftssektor) erlangt werden kann. Zudem wird es diesem Personenkreis ermöglicht, Aufenthaltstitel für ihre Eltern oder auch mitreisende Haushaltshilfen zu erhalten. Mit diesem Maßnahmenpaket werden für die auf dem globalen Arbeitsmarkt umworbenen Fachkräfte die Konditionen für die Zuwanderung und den Aufenthalt in Japan in einem bis dato nie gegebenem Maße komfortabel ausgestattet.

Der Erfolg dieses neuen Zuwanderungsweges scheint sich langsam einzustellen: Im Jahr 2015, als erstmals Visa in dieser Kategorie vergeben wurden, erhielten dieses insgesamt 1.508 Personen; 2018 lag die Zahl erstmals im fünfstelligen Bereich und 2020 bereits bei 16.554 Personen. Ebenso 2020, unmittelbar nach dem Ende der Amtszeit

Abes, wurde das Punktesystem dahingehend revidiert, dass eine Anstellung im Finanzsektor gegenüber anderen Sektoren mit mehr Punkten bewertet wurde. Mit derlei kleinen Änderungen wird dieser Zuwanderungskanal weiter passgenau an den Bedürfnissen des japanischen Arbeitsmarkts ausgerichtet. Unverändert hingegen bleibt die grundlegende Idee auch dieses Zuwanderungskanals als ein Anwerbesystem für Arbeitskräfte. Schon 2014 hieß es dazu in einer Stellungnahme des Kabinettsbüros: »Die Nutzung ausländischer Talente ist keine Immigrationspolitik« (*gaikoku jinzai no katsuyō ha iminseisaku de ha nai*).² Auch Premierminister Abe selbst betonte, dass Japans Wirtschaft von diesen ausländischen Fachkräften profitieren werde. Damit griff er ein seit der Jahrtausendwende seitens des Unternehmerverbands Keidanren wiederholtes Narrativ auf, nach dem in einzelnen Sektoren positive Effekte durch die Innovationskraft einer diversen Belegschaft zu erwarten sei.

Abes Aussagen wirkten in zweierlei Richtung: zum einen waren sie an die Bevölkerung adressiert, die einer großflächigen pauschalen Ausweitung der Zuwanderung nach Japan noch immer überwiegend skeptisch gegenübersteht; zum anderen sollte damit auch den innerhalb der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) schwelenden Debatten um eben eine solch Ausweitung der Zuwanderung Einhalt geboten werden. So hatte etwa 2008, also zwischen Abes erster und zweiter Amtszeit, eine Gruppe von LDP-Parlamentariern um Hidenao Nakagawa, den ehemaligen Generalsekretär der Partei, angeregt, im Angesicht der demografischen Entwicklung müsse Japan die Option der Zuwanderung völlig neu bewerten. Nakagawa forderte zehn Million Zugewanderte bis 2050, setzte sich mit dieser Initiative innerhalb der LDP allerdings nicht durch. Premierminister Abe selbst vermied es, eine diskursive Verbindung zwischen Japans Bevölkerungsalterung und der Zuwanderung internationaler Arbeitskräfte zu etablieren. Neben den Überlegungen im Hinblick auf gezielte und begrenzte arbeitsmarktpolitische Impulse wurde unter seiner Administration ein weiteres Narrativ, nämlich das von einer internationalen Verantwortung Japans für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Asien weiter gestärkt.

Reformen des Programms für internationale Praktikant*innen

Dem wegen zahlreicher bekannt gewordener Verstöße gegen Arbeits- und Menschenrechte höchst umstrittenen Programm für internationale Praktikant*innen – in seiner aktuellen Ausgestaltung unter dem Akronym TITP für *technical intern training program* (*ginō jussū*) bekannt – kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Im Fall des Prak-

² https://www5.cao.go.jp/keizai-shimon/kaigi/cabinet/2014/2014_basicpolicies_01.pdf (31.08.2022).

tikantensystems leiste Japan, so der offizielle Narrativ, einen Beitrag zur Steigerung technischer Fertigkeiten (*skill spill-over*) unter jungen Menschen in den Ländern Asiens; dazu passt, dass Administration und Finanzierung des Programms in Japan mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verknüpft sind. In der Praxis hingegen werden die Praktikant*innen als einfache Arbeitskräfte eingesetzt, häufig unter Mindestlohn vergütet, in unwürdigen Verhältnissen untergebracht und teils von ihren Arbeitgeber*innen mit willkürlichen Regeln drangsaliert.

In den Amtsjahren von Premierminister Abe wurde das Praktikantensystem trotz aller Kritik, geäußert etwa von Amnesty International oder von Ijüren, Japans wohl bekanntester Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte von Zugewanderten einsetzt, erweitert. Dabei hatte ein Expertengremium (*shingikai*) des Justizministeriums, das eigens eingesetzt worden war, um zukunftsfähige zugewanderungspolitische Akzente in Japan zu entwickeln, genau das Gegenteil, nämlich die Einstellung des Programms empfohlen. Dies wurde von einem Mitglied des Gremiums im persönlichen Gespräch bestätigt. Seit einer Reform des Praktikantensystems aus dem Jahr 2017 sind nun zumindest härtere Strafen gegen Arbeitgeber*innen bei Verstößen gegen die Arbeits- oder Menschenrechte der Praktikant*innen vorgesehen.

Bestandteil derselben Reform im November 2017 war eine Ausweitung des Praktikantensystems auch auf den Pflegesektor. Dieser Sektor war der erste aus dem nicht hochqualifizierten Segment, der mit der Einführung von wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen seine Türen offiziell für die internationale Zuwanderung von Arbeitskräften öffnete. Dies betrifft die Abkommen mit Indonesien (2008), den Philippinen (2009) und Vietnam (2014). Hier verschmelzen Handelsinteressen und Zuwanderungspolitik miteinander, allerdings nur unter strengen Auflagen der Qualitätssicherung. Dass gerade dieser Sektor nun auch die Zuwanderung von Praktikant*innen ohne Berufserfahrung erfahren würde, kritisierten einige Pflegeheimleiter*innen scharf. So führte der Leiter eines Pflegeheims in Fukuoka, wo internationale Pflegekräfte, die über die bilateralen Partnerschaftsabkommen zugewandert waren, bereits gut integriert arbeiten, im persönlichen Gespräch aus, er werde keine internationalen Praktikant*innen anwerben. Dies würde nur zu einer generellen Verunsicherung hinsichtlich der pflegerischen Kompetenzen aller ausländischen Pflegekräfte führen.

Jenseits der sektoralen Ausweitung galt eine weitere große Reform am Praktikantensystem in der Amtszeit von Premierminister Abe einer Verlängerung des Aufenthalts von Praktikant*innen. War bis dato eine maximale Aufenthaltsdauer von drei Jahren festgelegt, so wurde im Vorfeld der Olympischen Spiele von Tōkyō 2020/21 die Möglichkeit geschaffen, an diesen dreijährigen Aufenthalt weitere zwei

Jahre im Aufenthaltsstaus »besondere Tätigkeiten« (*tokutei katsudō*) anzuschließen. Dies galt insbesondere für Arbeitskräfte im Baugewerbe und sollte der Fertigstellung der Olympischen Sportstätten dienen. Der Anteil der internationalen Arbeitskräfte auf dem Bau wuchs zwischen 2011 und 2018 dabei um 434,7 Prozent (!) auf 68.604 Arbeitskräfte (Liu-Farrer 2020). Der Großteil von ihnen stammt aus Vietnam. In den Jahren der Abe-Administration waren die Vietnames*innen die am schnellsten wachsenden und schließlich mit 218.727 Personen (2019) größte Gruppe der internationalen Praktikant*innen in Japan. 23,3 Prozent von ihnen arbeiten im Baugewerbe, weitere 20,6 Prozent in der Lebensmittelverarbeitung und 18,6 Prozent in der Metallindustrie (Tran 2020).

Als sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzeichnen begannen, waren es die Praktikant*innen, die häufig zuerst ihre Stellen verloren. Erst unter diesen Umständen wurde das System flexibilisiert: Diejenigen, die nach Verlust ihrer Arbeitsstelle etwa aufgrund der Beschränkungen im internationalen Luftverkehr nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten, bekamen die Möglichkeit zugesprochen, sich im Status der »besonderen Tätigkeiten« weitere sechs Monate in Japan aufzuhalten. Auch wurde der Wechsel des Arbeitgebers jenseits der strengen Sektorenbegrenzungen ermöglicht. Nichtsdestotrotz war und ist die Zeit der Pandemie gerade für die ohnehin schon vulnerable Gruppe internationaler Praktikant*innen mit großen Unsicherheiten bezüglich Themen wie Aufenthaltsstatus, Unterkunft und Arbeitsbedingungen, sowie Zugang zum Gesundheitssystem verknüpft (Tran 2020).

Sonderwirtschaftszonen, Nikkei und *specified skilled worker*

Innerhalb dieses Segments der niedrig-qualifizierten Arbeitskräfte gehen einige weitere Reformen auf die Amtszeit von Premierminister Abe zurück. Drei von ihnen sollen hier benannt werden. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie, genauso wie die Reformen am internationalen Praktikantensystem, den Sektoren der japanischen Wirtschaft, die unter einem deutlichen Arbeitskräftemangel leiden, Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können. So wurden, erstens, im Juli 2015 Sonderwirtschaftszonen (*tokubetsu keizai chiku*) eingeführt, innerhalb derer ausländische Arbeitskräfte Anstellung finden können, auch jenseits der landesweit geltenden Restriktionen. Mit diesem Pilotprojekt soll Lokalpolitiker*innen die Möglichkeit eröffnet werden, flexibel auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts vor Ort zu reagieren. Eine bedeutende Erweiterung sah das System im Juni 2017; seither können internationale Kräfte in den Sonderwirtschaftszonen auch in der Landwirtschaft arbeiten.

Zweitens, im März 2018 wurde die Aufnahme der Japanischstämmigen, der sogenannten Nikkei, auf die vierte Generation hin ausgeweitet. Zuvor war die Zuwanderung dieser Gruppe bis in die dritte Generation möglich. Ihren numerischen Höhepunkt mit einigen Hunderttausend Personen hatte die Gruppe, die hauptsächlich aus brasilianischen und peruanischen Staatsbürger*innen besteht, vor der Wirtschaftskrise von 2008/09. Viele von ihnen arbeiteten in der Automobil- und Elektrobranche und verloren damals ihre Jobs. Die Nikkei-Zuwanderung ist ein Beispiel für die Scheinheiligkeit der japanischen Zuwanderungspolitik. Offiziell solle den Nachfahren japanischer Bürger*innen die Möglichkeit gegeben werden, sich längerfristig im Land ihrer Vorfahren aufzuhalten und währenddessen einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Doch, wie der LDP-Politiker Tarō Kōno in einem persönlichen Gespräch 2006 während seiner Amtszeit als Vize-Justizminister einräumte, versuchte die LDP mit der Einführung des Nikkei-Zuwanderungssystems im Jahr 1990 dem Arbeitskräftemangel in der Industrie nachzukommen. Man habe damals angenommen, dass dieses humanitäre Narrativ in der Bevölkerung nicht auf Widerstand stoßen würde – anders als das Eingeständnis, die Zuwanderung von Arbeitskräften sei notwendig. Zudem habe man, allerdings fälschlicherweise, angenommen, dass aufgrund der japanischen Abstammung keine Integrationsmaßnahmen für die Zugewanderten notwendig seien. Dass nun Japanisch-Sprachkenntnisse (auf dem Niveau von N4 des standardisierten Sprachtests JLPT) für diesen Zuwanderungskanal vorausgesetzt werden, mag davon zeugen, dass zumindest der Fehler, Integrationsmaßnahmen seien nicht notwendig, erkannt worden ist, wenngleich hier natürlich weiterhin ein Zuwanderungskanal für den nicht hochqualifizierten Sektor geöffnet bleibt, ohne jedoch so benannt zu werden.

Drittens, die vielleicht grundlegendste zuwanderungspolitische Reform unter Premierminister Abe betrifft die Einführung des sogenannten *specified skilled worker* (SSW, *tokutei ginō*) Aufenthaltsstatus in zwei Kategorien. Diese Reform wurde im November und Dezember 2018 in erstaunlicher Geschwindigkeit in beiden Häusern des Parlaments verabschiedet und trat im April 2019 in Kraft. Potenzielle Arbeitskräfte in der Kategorie SSW I sind z. B. ehemalige Praktikant*innen, die also Berufserfahrung aufweisen können, aber nicht über höhere Qualifikationen verfügen. Oder auch neu anzuwerbendes Personal, das, wie z. B. die Pflegekräfte, die in die 14 definierten Anwerbesektoren fallen, im Sendeland zunächst ihre berufliche Qualifikation in Eignungstests nachweisen muss. Der Aufenthalt als SSW I-Arbeitskraft ist für bis zu fünf Jahre möglich; im Anschluss daran wäre, bei entsprechendem Nachweis von höherer Qualifikation, der Übergang in den SSW II-Status möglich. Dieser beinhaltet eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Japan und die Möglichkeit des Familiennachzugs. Das SSW-Programm startete zunächst nur mit Ka-

tegorie I und als Quote für die ersten Jahre bis 2025 wurde die Zuwanderung von maximal 345.150 Arbeitskräften festgelegt.

Mit dem SSW-Programm wird erstmal in aller Deutlichkeit die Zuwanderung von nicht hochqualifiziertem internationalem Personal nach Japan in einem eigens dafür geschaffenen Aufenthaltstitel umgesetzt. Zudem haben SSW II-Arbeitskräfte die Möglichkeit, sich in Japan niederzulassen. Mit diesen beiden Kriterien markiert das SSW-Programm eine Kehrtwende vom bisherigen Pfad der japanischen Zuwanderungspolitik. Möglich gemacht wurde diese Kehrtwende, so Song (2020), durch das Zusammenspiel zweier Faktoren. Der über Jahre gewachsene Druck der Wirtschaft, die Grenzen für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen, bekam im Hinblick auf das fortschreitende numerische Schrumpfen der japanischen Erwerbsbevölkerung eine neue Dringlichkeit. Ein im Jahr 2018 bereits gefestigter Premierminister Abe, der die LDP siegreich durch fünf landesweite Wahlen in Folge führte, sah sich von parteiinternen Zögerern und rechtskonservativen Einflussgruppen befreit genug, um diese potenziell kontroverse Reform des Zuwanderungsgesetzes durchzusetzen. Anders ausgedrückt, diese grundlegende Reform wurde nur möglich in einem politischen Gelegenheitsfenster und durch das politische Kapital eines entschlossenen *policy entrepreneur*, in dessen Agenda einer Revitalisierung der Wirtschaft der Arbeitskräftezuwachs passte. Es soll allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass selbst in diesem Moment der Premierminister und andere führende LDP-Politiker*innen nicht müde wurden, zu betonen, es handle sich hier um eine Reform, die rein einer arbeitsmarktpolitischen Raison folge. Dezidiert wurde immer wieder hervorgehoben, dass keine Immigration erfolge; das I-Wort wird nach wie vor vermieden (Roberts 2018).

Bis dato sind über das SSW-Programm 66.950 Personen nach Japan zugewandert. Im Jahr 2019 waren es in der Kategorie SSW I 1.621 Personen; 2020 dann 15.663 und 2021 schließlich 49.666 Personen; für die Kategorie SSW II ist noch keine Zuwanderung zu verzeichnen. Die Gründe für diese angesichts der maximalen Quote relativ geringen Zahlen sind vielfältig. Für den Pflegesektor etwa gilt, dass die Bedingungen der Eignungstests in den Entsendeländern erst mit Verzögerung bekannt gemacht wurden. So beklagte der Personalmanager einer großen Pflegeheimkette in Tōkyō in einem persönlichen Gespräch zwei Monate vor dem Start des SSW-Programms, dass er zwar gerne Pflegekräfte darüber anwerben möchte, es ihm allerdings unmöglich sei, verlässliche Informationen dazu zu bekommen, auf welchem Weg dies funktionieren könne; die zuständigen Behörden selbst seien, seiner Aussage nach, augenscheinlich nicht ausreichend über den Verfahrensweg informiert. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass wenige Monate nach dem Inkrafttreten des SSW-Programms Japan seine Grenzen für die internationale Mobilität von Nicht-Japaner*innen geschlossen hat, unabhängig davon, ob dies Touris-

ten, Studierende, Arbeitskräfte oder – in den ersten Pandemienmonaten bis zum August 2020 – sogar in Japan wohnhafte Ausländer*innen betraf.

Damit kam auch die Zuwanderung internationaler Arbeitskräfte größtenteils zum Erliegen. Einzig zwischen August 2020, also unmittelbar vor dem Rücktritt von Premierminister Abe, und Januar 2021 bestand die Möglichkeit, über die Ausnahmeregelung einer dringenden beruflichen Notwendigkeit einzureisen. In diesem Zeitraum kamen 63.484 internationale Praktikant*innen in Japan an; sie stellen mit 43,2 Prozent die größte Gruppe dar, die über diesen Weg während der Pandemie nach Japan einreisen konnte. Dies zeugt vom dringenden Bedarf an Arbeitskräften im Niedriglohnssektor und zugleich von der Stärke der Lobbytätigkeit der Wirtschaftsverbände sowie einer hohen Responsivität der Abe-Administration gegenüber diesen Verbänden. Die Pandemie und Japans Politik der geschlossenen Grenzen, die trotz einiger Öffnungsschritte im Großen und Ganzen bis Oktober 2022 andauerte, hat jedoch den potenziellen Zuwander*innen nach Japan ebenso wie Japans ansässiger Zuwanderungsbevölkerung vor Augen geführt, dass sie – bei aller Wertschätzung ihres ökonomischen Potenzials – eben doch nicht vollständig in die Mehrheitsgesellschaft integriert sind, sondern für sie Regelungen, wie etwa internationale Reisebeschränkungen griffen, denen sich die japanische Bevölkerung nie ausgesetzt sah (Vogt und Qin 2022).

Fazit

Die Grenzsicherungen für internationale Mobilität zum Ende der Amtszeit von Premierminister Abe sind sicherlich ein Sonderfall der Geschichte. Davon abgesehen ist Abes Wirken in Japans Zuwanderungspolitik im Kontext von arbeitsmarktpolitischen Impulsen zu verstehen. Unter der Abe-Administration begann Japan ganz offen mit der Anwerbung von nicht hochqualifiziertem Personal, wenngleich mit geringen Quoten und, bis dato, mit eher geringer Resonanz bei der angesprochenen Zielgruppe. Diese geringe Resonanz mag an einem mangelnden Wissen um die Wege durch das Dickicht des Programm-Potpourris liegen. Sie mag allerdings auch damit zu tun haben, dass in der potenziellen Zuwanderergruppe mittlerweile sehr gut bekannt ist, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen für internationale Arbeitskräfte – außerhalb des hochqualifizierten Segments, wo ebenfalls seit Abes Amtsjahren der rote Teppich offensiv ausgerollt wird – schlichtweg nicht gut sind. Daran mögen die in den letzten Monaten der Abe-Administration angestoßenen integrationspolitischen Maßnahmen mittel- oder langfristige etwas ändern, doch auch sie täuschen nicht darüber hinweg, dass Integration allzu lange bestenfalls

stiefmütterlich behandelt wurde. Künftige Administrationen täten gut daran, eine echte zuwanderungspolitische und integrationspolitische Vision für Japan zu entwickeln. Dazu gehört es auch, statt weitere segmentspezifische Programme zu erlassen, viel grundlegender, endlich die administrativen Weichen für ein zeitgemäßes Zusammenleben in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft Japans zu stellen, denn vor Ort in den Städten und Gemeinden hat diese längst begonnen zu existieren (Liu-Farrer 2020).

Literatur

- Liu-Farrer, Gracia (2020), »Japan and Immigration: Looking Beyond the Tokyo Olympics«, in: *The Asia-Pacific Journal / Japan Focus*, 18/4/5, ID 5345, <https://apjff.org/2020/4/Liu-Farrer.html> (31.08.2022).
- Roberts, Glenda (2018), »An Immigration Policy by Any Other Name: Semantics of Immigration to Japan«, in: *Social Science Japan Journal*, 21 (1): 89–102.
- Song, Jiyeoun (2020), »The Political Dynamic of Japan's Immigration Policies during the Abe Government«, in: *Pacific Focus*, 35 (3): 613–640.
- Tran, Bao Quyen (2020), »Vietnamese Technical Trainees in Japan Voice Concerns Amidst COVID-19«, in: *The Asia-Pacific Journal / Japan Focus*, 18/18/11, ID 5478, <https://apjff.org/2020/18/Tran.html> (31.08.2022).
- Vogt, Gabriele und Sian Qin (2022), »Sanitizing the National Body: COVID-19 and the Revival of Japan's ›Closed Country‹ Strategy«, in: *Asian and Pacific Migration Journal* 31(3): 247–269.